

1 Einleitung

So selten sie sein mag, die Politik, und also die Demokratie, hat existiert, sie existiert und wird existieren. Und mit ihr, unter ihrer anspruchsvollen Bedingung, die Metapolitik: das, was eine Philosophie, innerhalb ihrer eigenen Sphäre, des Namens ‚Politik‘ für würdig erachtet. Oder auch: das, was es voraussetzt, wenn es denkt, was ein Denken ist.

Alain Badiou

Partizipation boomt! Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht von unterschiedlichen Seiten der Gesellschaft der Ruf nach mehr Beteiligung laut wird. Die Objekte, auf die sich die Forderung politischer Mitbestimmung richten, sind so verschieden wie die dieses Ansinnen vertretenden Akteure. Mal formiert sich unter dem Begriff des bürgerschaftlichen Engagements der Anspruch, die Rolle des politischen Bürgers zu stärken, und mal ist es das Konzept des Empowerment, das bislang kaum zu Wort gekommene gesellschaftliche Gruppen in den Stand eines selbstbestimmten und autonom zu gestaltenden Lebens heben will. Wohl niemand ist gegen Partizipation. Eine breite Phalanx an Befürwortern für mehr bürgerschaftliches Engagement, für mehr Partizipation, für mehr Eigenverantwortung und Selbstsorge ist zu beobachten, die sowohl aus den Reihen von Unternehmensverbänden als auch aus den Gewerkschaften kommen oder die sowohl rechtskonservativen wie auch linken Parteien angehören. Bei dieser starken neuen ‚Einhelligkeit‘ gilt es aufzuhorchen und erneut ein kritisches Denkvermögen zu beweisen. Denn sollte plötzlich das Zeitalter einer radikalen Demokratie angebrochen sein?

In erster Linie scheint es bei der „Aktivierung als Megatrend“ (Lesse nich; Otto 2005) um eine Adjustierung von Relationen der Souveränität zu

gehen, die sich längst nicht mehr auf die klassische Beziehung von Staat und Individuum beschränkt. Partizipiert werden soll allerorten, ob Schüler im Klassenrat, die eigenverantwortlich handelnden Mitarbeiter eines Start-Up-Unternehmens oder bei der Gestaltung der Grünanlagen im Rahmen des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“. Diese Entwicklungen ist keineswegs ein Affront gegen die (real)politischen Steuerungsinstanzen, vielmehr werden die Partizipationsbestrebungen staatlich gefördert und unterstützt, flankiert von wissenschaftlichen Diskursen um Zivilgesellschaft und ‚Good Governance‘.

Die alten Kategorien von Staatsgewalt, Herrschaft, Unterwerfung und Unterdrückung scheinen angesichts der lang ersehnten Erfüllung der Forderung nach Demokratisierung obsolet zu werden. Repression und Widerstand sind unnütz geworden in der freiheitsversprechenden Melange von ‚neoliberalen‘ und ‚linken‘ Staatsverächtern. Nicht mehr der Umsturz ist das Ziel, denn der Staat stürzt von selbst ein. Und dieser Fall des Souveräns begeht nach neuen Momenten des Demokratischen.

Damit endet jedoch nicht die hohe Kunst der Gesellschaftsbeschreibung, vielmehr wird nach dem Ende des politischen Normativismus zugunsten des *Mantras* der Unausweichlichkeit bestehender Verhältnisse eine neue Gesellschaftsvision mit dem unverfänglichen Namen *Wissensgesellschaft* diskutiert. Wissen ist in dieser Konzeption das zentrale Leitmotiv, an dem sich die gesellschaftliche Ordnung auszurichten habe. Die Wissensgesellschaft ist jedoch nicht nur eine unter vielen Gesellschaftsbeschreibungen, sondern vereint zentrale Aspekte des sozialen Wandels, die hier unter dem Stichwort Partizipation vorgezeichnet sind. Auch das Wissen soll ‚demokratischer‘ werden. Von der Forderung nach mehr Zugang zu Bildung über die Anerkennung pluraler Wissensformen bis hin zur Beteiligung einer außerwissenschaftlichen Öffentlichkeit an der Diskussion der Konsequenzen wissenschaftlichen Wissens durchdringt der Impetus der Teilhabe den Diskurs der Wissensgesellschaft und scheint sich allmählich zu einem Imperativ zu manifestieren. Denn wer in der Wissensgesellschaft bestehen will, der benötigt nicht nur entsprechende Bildung und die Kompetenz, diese auch lebenslang zu aktualisieren und zu erweitern, sondern auch die Bereitschaft zur konsensorientierten Diskussion. Denn die Wissensgesellschaft ist keine harmonische Ordnung, die allein aufgrund ihrer Ausrichtung auf Rationalität und Objektivität funktioniert, sondern sie produziert Probleme, die das Risiko der Unregierbarkeit nach sich ziehen.

Besonders die Biomedizin als Schnittstelle von Biologie und Medizin, worunter u.a. Verfahren der Genetischen Diagnostik genauso wie Organtransplantationen zu subsumieren sind, ist ein konfligierender Bereich, der die wissensbasierte Gesellschaft vor Irritationen stellt. Denn in der Wissensgesellschaft müssen Entscheidungen aufgrund eines spezifischen ‚ein-

deutigen‘ Wissens getroffen werden. Die Entwicklungen in der modernen Biomedizin werfen eine Vielzahl von politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen, rechtlichen und nicht zuletzt ethischen Fragen auf, die sich einer Eindeutigkeit entziehen. Dies betrifft speziell die Anwendung neuen Wissens in der medizinisch-klinischen Forschung und Praxis, insbesondere den Umgang mit Informationen im Rahmen der Präimplantationsdiagnostik sowie die Entwicklung von sogenannten Gen-Chips, aber auch die Nützlichkeit und Zuverlässigkeit embryonaler Stammzellforschung und die Vergabepraxis der Transplantationsmedizin. Die Kontroversität des Wissens bezieht sich zum einen auf die prinzipielle Unabgeschlossenheit des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses, zum anderen auf Vermittlungs- und Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Wissenschaft und nichtwissenschaftlicher Öffentlichkeit bzw. auf Partizipationsbarrieren, die den Zugang eines Laienpublikums zu wissenschaftlichen Auseinandersetzungen erschweren. Köberle et al. (1997) sprechen hier von den „Problemen kognitiver Ungewissheit, pragmatischer Unsicherheit und normativer Ambivalenz“, die nicht durch „„objektive“ Werte“ (19) aufzuarbeiten sind. Im Anschluss daran unterliegt das wissenschaftliche Wissen einem ständigen Legitimationszwang gegenüber einer durch die Problem-lagen informierten kritischen Öffentlichkeit.¹

Die Auseinandersetzungen um Wissen finden in einer Vielzahl von Gremien und institutionalisierten Verhandlungsräumen unter der Beteiligung unterschiedlicher Akteursgruppen statt: von Expertendiskursen kann nicht mehr gesprochen werden, vielmehr von einer Pluralisierung der Perspektiven. Joss (2003) deutet eine Verschiebung von wissenschaftlich-technischen Experten-Analysen zu sozio-technologischen Bewertungen unter Teilnahme verschiedener sozialer Akteure an. So besteht weitgehend Konsens darüber, dass die Zielrichtung biomedizinischer Forschung und deren Anwendung nicht der individuellen Moral und Entscheidung von Wissenschaftlern, Patienten oder wirtschaftlichen Akteuren allein überlassen werden sollte, sondern allgemeinverbindlicher, rechtlich-politischer Regulierung bedarf. Dies wirft die Frage auf, welche gesellschaftlichen Verfahren geeignet sind, um Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse über kontroverses Wissen, in diesem Falle die Entwicklungen in der Biomedizin, zu befördern und zu bewerten. Hier richtet sich die Perspektive auf die Beziehung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, für die seit längerem der Begriff der ‚Krise‘ bemüht wird, welcher auf ungelöste Steuerungsprobleme verweist.² Das gegenseitige Unverständnis beruht auf Informationsdefiziten, die sich angeblich aus starren Kompetenzerwägungen

1 Vgl. Weingart 2001: 345ff.

2 Vgl. Matheis 1996.

ergeben: Im Falle der Abschätzung der Chancen und Risiken moderner Hochtechnologien werden meist Naturwissenschaftler und Ingenieure gefragt. Es wird in der Öffentlichkeit und in den Medien behauptet, dass nur diejenigen, die den aktuellen Stand der Forschung und Entwicklung aus nächster Nähe kennen, demnach eine Zukunftsprognose abgeben könnten. Als Reaktion wird von einigen Vertretern der Techniksoziologie darauf verwiesen, dass öffentliche Debatten wie die ethische Diskussion um Gendiagnostik oder Stammzellenimport an sich ein Erfordernis demokratischer Gesellschaften darstellen, um die verdeckten Kodes und Konzepte sichtbar zu machen, die Optionen und Implikationen zu diskutieren und die unberücksichtigten Folgen des jeweiligen involvierten Handelns frühzeitig zu erkennen.³

Andere Autoren sehen in dem Zuwachs kontroversen Wissens und seiner Diskussion durch institutionalisierte Verhandlungsgremien wie den Ethikräten oder durch die öffentliche Beteiligung durch Bürgerkonferenzen die Möglichkeit zur Teilnahme und Mitbestimmung von Laien und Nichtwissenschaftlern an diesen Aushandlungsprozessen, in diesem Sinne eine Stärkung deliberaler Gouvernance-Strukturen.⁴ Die Partizipation von größeren gesellschaftlichen Gruppen an der ethischen Diskussion durch die Einrichtung von Bürgerforen und -konferenzen soll demnach zu einem Zuwachs demokratischer Spielräume führen und auch die Legitimationspotentiale politischer wie auch wissenschaftlicher Akteure verändern. Denn dadurch besteht die Chance, einseitige Positionierungen zu vermeiden und mögliche Folgen von Wissenschaft und Politik zu überprüfen.⁵

Der hier angesprochene Wandel des Verhältnisses der Öffentlichkeit zur Wissenschaft wird angesichts der konstanten Bedeutung von Wissenschaft auf die gesellschaftliche und private Sphäre schon seit längerem als der Versuch gedeutet, das gegenseitige Verständnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit zu befördern. Denn Wissenschaft und Technik gelten auch im 21. Jahrhundert nicht alleinig als ‚heilsbringende‘ Faktoren, die gesellschaftliche Probleme per se lösen können, vielmehr ist es heutzutage die Wissenschaft selbst, die problematisierungsbedürftig wird aufgrund einer Entwicklung, die Gernot Böhme schon 1979 im Begriff der ‚entfremdeten Wissenschaft‘ fasste. Jedoch scheint es so, dass die wissenschaftlichen Berufsstände auf die Handlungsoptionen des Einzelnen einen ungebrochenen Einfluss besitzen: „Man ist zum Beispiel geneigt, das Vergnügen des Rauchens und Trinkens aufzugeben, weil ‚nach Aussage der Medizin‘ diese Annehmlichkeiten schädlich sind; oder man akzeptiert die Meinung der

3 Vgl. Rammert 2000.

4 Vgl. Maasen 2002, Köberle et al. 1997.

5 Vgl. dazu Wolf 2002: Abs. 3.7.3, van den Daele; Neidhardt 1996: 44ff.

Ärzte über das ideale Körpergewicht, selbst wenn das bedeutet, auf die Lieblingsspeisen verzichten zu müssen“ (Bauman 2000a: 172).

Begreift man die Wissensgesellschaft als Wissenschaftsgesellschaft, so zeigt sich ein ambivalentes Verhältnis, dass die Vision einer wissensbasierten Gesellschaft fraglich werden lässt: einerseits sind dem außerwissenschaftlichen Laien die Wissenschaften wenig zugänglich, andererseits haben die Wissenschaften einen ungebrochenen „charismatischen Einfluss“ (ebd.: 171). Gerade im Bereich der Medizin wird die Entwicklung der technischen Eingriffsmöglichkeiten als besonders problemanfällig und als Herausforderung für den demokratischen Verfassungsstaat angesehen. Diese sich derzeitig vollziehenden Abläufe werden in sozial- und geisteswissenschaftlichen Analysen vielfach als gesellschaftliche Krisen bewertet, die einen Vertrauensverlust oder wie im obigen Beispiel die Tendenz der Entfremdung von den Wissenschaften implizieren. Einher geht damit die Forderung nach einer Erweiterung des Einflusses von wissenschaftlichem Expertenwissen, das dringender denn je aufgrund der hohen Geschwindigkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts benötigt werde. Dieses hoch spezialisierte Wissen sei unabdingbar für die „Bewertung der Risiken und Gefahren, der möglichen Erfolge, Misserfolge und Nebenwirkungen neuer medizinischer Entwicklungen“ (EK-Med 2002: 391). Wissenschaftliche Expertise wird bei der Beratung politischer Entscheidungen als unabdingbar herausgestellt, auf der anderen Seite ist das Feld der Expertise von einem zunehmenden Vertrauensverlust geprägt: „[W]ir glauben den Experten immer weniger und vertrauen sehr viel seltener auf die idealisierte Vorstellung von der unzweifelhaften, nicht zu hinterfragenden Beratung durch den ‚Fachmann‘“ (Stehr 2000: 94f.). Gleichwohl sind wir von der Dystopie einer technokratisch verfassten Gesellschaft mit einer „herrschende[n] Klasse gesichtsloser Experten“ (ebd. 93f.) aufgrund verschiedener macht- und einflussbegrenzender Faktoren der Ausdifferenzierung der Wissenschaft weit entfernt, angefangen von den Verfahren der gegenseitigen Kontrolle über Expertise und Gegenexpertise bis hin zu der Tendenz der Ruinierung des Rufs wissenschaftlicher Expertise durch den ständigen, für die Öffentlichkeit nicht nachzuvollziehenden Wandel ehemals objektiver wissenschaftlicher Kriterien.⁶ Das betrifft die euphorischen, teils utopisch anmutenden Voraussagen zur Therapierbarkeit des menschlichen Körpers über die medizinischen Verfahren der Stammzellforschung ebenso wie beispielsweise die vielfache Verschiebung von Grenzwerten für ‚zulässige‘ Schadstoff- und Giftspuren in der Umwelt.⁷

6 Vgl. Luhmann 1997: 202.

7 Vgl. Beck 1986: 85.

Das Konzept der Wissensgesellschaft berührt in besonderer Weise die politischen Verhältnisse, wenn (real)politische Entscheidung nicht allein auf der Basis wissenschaftlicher Expertisen getroffen werden können. Partizipation und bürgerschaftliches Engagement sollen die Probleme der Wissensgesellschaft beheben und gleichzeitig zur „Demokratisierung der Demokratie“ (Claus Offe) beitragen. Die Trennung von Politik, Wissenschaft, Sozialität und Individualität ist in gewisser Weise überholt angesichts der „Unschärfe des Politischen“ (Beck; Hajer; Kesselring 1999: 11), die das postmoderne Denken herausgestellt hat. Politisches Handeln wurde bislang häufig als institutionalisiertes Regelungsverfahren gedeutet, das seinen Anspruch auf die Richtigkeit seiner Entscheidungen aus denjenigen Wissensbeständen zog, die die Wissenschaften ihnen in Form von Expertisen zur Verfügung stellten. Das Verständnis, dass wissenschaftliches Wissen einzig und allein dem Anspruch der Objektivität folgt, ist fraglich geworden. Vielmehr wird deutlich, dass Wissenschaft selbst Ausdruck eines spezifischen historischen Setting ist und damit ebenfalls Ausdruck von gesellschaftlichen Machtverhältnissen.

Doch hier fangen die ersten Komplikationen an, denn was ist mit dem Politischen gemeint? *Was ist Politik?* Politik allein als maßgeblich autorisierte Formen der Strukturierung von Gesellschaft zur Steuerung derselben zu begreifen, vernachlässigt jene Prozesse der Sinnvermittlung und Sinnstrukturierung, die sich nicht auf die Ebene der parteipolitischen Institutionen beschränken lassen. Ebenso lässt sich das Politische nicht ausschließlich an Formen der hierarchischen Souveränität, ob staatlich oder eben auch wissenschaftlich binden. Politik ist eher als *Auszeichnung eines Machtverhältnisses* zu begreifen, das alle Handlungen umfasst, die auf die Herstellung einer ‚Ordnung‘ ausgerichtet sind. In der derzeitigen Politiktheorie ist das Politische auf den Etatismus, den Staat und seine Institutionen begrenzt. Das vorherrschende Verständnis der Trennung zwischen privat und politisch folgt dem an den Gemeinschaftsaufgaben orientierten Politikverständnis.

Im Anschluss an Michel Foucault muss das Politische ebenfalls in den Sphären des privaten Lebens analysiert werden, in denen sich die Ansprüche jener Macht artikulieren, die Foucault mit dem Begriff ‚Gouvernementalität‘ zu fassen sucht. In dieser Konzeption wird Politik als ein Machtverhältnis begriffen, welches sich nicht auf die Kategorien des Rechts beschränkt und nicht mit den politischen Formen von Unterdrückung, Hierarchie und mit der antonymischen Verwendung des Prinzips des ‚Krieges‘ zu fassen ist. Politik als Prinzip der Handlungsanleitung umfasst als ‚Führung der Führungen‘ neben der Macht der politisch-administrativen Institutionen auch die Einwirkung auf die Selbststeuerungspotentiale der Individuen. Das Politische ist weniger der privilegierte Gegenstand des Staa-

tes, sondern durch einen „bestimmten kollektiven Handlungsmodus“ (Lemke 1997: 61) definiert:

Aber ist nicht genau das ein Kennzeichen der aktuellen politischen Bewegungen: die Entdeckung, dass die alltäglichsten Dinge – die Art zu essen, sich zu ernähren, die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, die Art zu lieben, die Art, wie die Sexualität unterdrückt wird, gesellschaftliche Zwänge, das Verbot der Abtreibung – dass das alles politisch ist? Das alles zum Gegenstand einer politischen Aktion zu machen, darin besteht heute die Politik“ (Foucault [125] 2002: 533).

Die Voraussetzung dieser Arbeit ist die Erweiterung des Politikbegriffes bzw. die Aufhebung der Aufspaltung der Dimensionen des Sozialen, des Politischen, des Privaten oder des Öffentlichen. Hier soll deutlich werden, dass die soziale Transformation des Politischen in alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens neue Optionen und Möglichkeiten für politisches Handeln eröffnen.⁸ Die traditionelle politische Philosophie, so wie sie sich in der immer noch andauernden Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus zeigt, begreift die gegenwärtige Situation als Herausforderung an das demokratische Handeln. Es geht nicht nur um den Streit über Freiheit oder Gerechtigkeit, um die Auseinandersetzungen um die bessere Ordnung. Dieser Streit beinhaltet auch die Konstatierung einer Krise des Politischen, der zunehmenden Regierungsunfähigkeit aus unterschiedlichen Gründen. Viele vermeintliche Freiheiten, wie uneingeschränkte Mobilität oder Wahlrechte erscheinen ambivalent und werden nicht unbedingt nur als Möglichkeit zur freien Selbstverwirklichung empfunden, sondern ebenfalls als Unsicherheit. Diese ist verknüpft mit dem Verlust stabilisierender Ordnungsmuster. Der Einzelne empfindet sich einer *Kontingenz*⁹ ausgeliefert. Dieser vielfach beschriebene Verlust von Halt und Orientierung, sei es durch das schon erwähnte Wegbrechen realsozialistischer Narrative oder durch die postsäkularisierte Freisetzung des Einzelnen aus transzendentierenden Sinnhorizonten, konfrontiert auch politische Entscheidungsträger mit einem Steuerungsdilemma: Gerade bei den Kontroversen um wissenschaftliches Wissen kommen in beratenden Gremien und Organisationen eine Vielzahl von Experten, und zwar wissenschaftliche Experten zum Einsatz. Da diese Situation davon gekennzeichnet ist, dass jede politische Position auf wissenschaftliche Expertise zurückgreifen kann, kommt es zur Patt-Situation. Doch auch andere Faktoren befördern ein Misstrauen gegenüber der traditionellen politischen Steuerung. Lobbyismus und der Zwang ökonomischer Globalisierung oder der

8 Vgl. Cruikshank 2003: 5.

9 Vgl. Gamm 1994: 29, Liebsch 2001: 33.

strategische Druck auf politische Entscheidungsträger, Wissenschaft und Forschung zu fördern, machen ‚Regieren‘ im herkömmlichen Sinne *unmöglich*.

In dieser Situation tauchen verstärkt Konzepte der politischen Partizipation und insbesondere die Idee von Staatsbürgerlichkeit auf. Verbunden ist damit die Möglichkeit, Verantwortlichkeiten dezentral zu verteilen und die Beziehung des Bürgers zu dem jeweiligen Staatswesen und daran anschließend der gesellschaftlichen Verhältnisse neu zu adjustieren. Staatsbürgerschaft wirkt hier „as solution[s] to poverty, political apathy, powerlessness, crime“ (Cruikshank 1999:1). Mackert (2000) hat darauf verwiesen, dass Staatsbürgerschaft, die Verleihung und Verweigerung staatsbürgerlicher Rechte in zunehmenden Maße als Krisenkonzept gesehen werden muss, und zwar in dem Sinn, dass sie „auf der Grundlage eines spezifischen Verhältnisses von Inklusion und Exklusion zur Regulierung gesellschaftlicher Krisen und damit zur Institutionalisierung gesellschaftlicher Ordnung beiträgt“ (4).

In der theoretischen Perspektive der Gouvernementalität stellt sich das Konzept der Partizipation als machtpolitische Strategie dar, Individuen durch die Aufforderung, aktiv gestaltend teilzunehmen und der damit verbundenen Eröffnung von Teilhabe innerhalb eines gesellschaftlichen Gefüges zu integrieren. Der Ansatz Michel Foucaults, auf den sich die Forschungen zur Gouvernementalität beziehen, zeigt auch, dass modernes Regieren sich nicht nur durch verstärkte Integrationsbemühungen auszeichnet, sondern dass die Idee gegenwärtiger politischer Führung von den Momenten der Selbststeuerung und -regulierung bestimmt ist. Die Forderung nach Partizipation ist gekoppelt an die Zuschreibung von spezifischen Verantwortlichkeiten gegenüber dem Staat, der Nation etc. und letztlich gegenüber sich selbst als verantwortungsbewusstem Bürger. Der Diskurs um Partizipation als Antwort auf unterschiedliche *Krisen*¹⁰ wird dadurch zum Instrument, ein verantwortungsbewusstes Subjekt zu produzieren.

Im ostentativen Aufruf zu mehr Partizipation wird das Politische reformuliert. Es wird nicht mehr als hierarchische Beziehung konstituiert, die heterogene und inkommensurable Positionen in einer einzigen homogenen Ordnung diszipliniert und entsprechend einer Ordnungsrelation strukturiert. Vielmehr geht es um die Dispersion des Politischen, unabhängig von den traditionellen Beschreibungskategorien der politischen Theorie, die an der Dualität von Herrschaftsverhältnissen interessiert ist: Feindschaft und Freundschaft, Individuum und Souveränität und eben auch Staat und Bürger. Denn diese hier beispielhaft aufgeführten Kategorien sind trotz ihres Wirklichkeitsgehaltes keine Wesenheiten, auf die sich zu

10 Zum Begriff der Krise vgl. Foucault [148] 2002: 865.

stützen ist, sondern dienen zur Beschreibung einer politischen, sozialen oder kulturellen hoch normierten Ordnung.¹¹

Seit längerer Zeit schon lassen sich politische Formen der *Beherrschung* beobachten, die sich nicht auf das Modell hierarchischer Herrschaft reduzieren lassen. Die Wissensgesellschaft setzt auf diese neue Politik der Dezentralisierung von Souveränität und Autorität. Doch lässt die zunehmende Einbeziehung des Individuums bei Problematisierungen von wissenschaftlich-ethischen Konflikten den ‚Kopf des Königs‘ rollen? Und inwiefern drückt sich im Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit ein Machtverhältnis, eine politische Relation aus? In der machtanalytischen Perspektive Foucaults ist die zweite Frage zu bejahen. Erstens, da der Diskurs eines wissenschaftlichen Wissens, wie zum Beispiel über Stammzellforschung oder Reproduktionsmedizin ein machtintensives Feld mit diskursimmanenten Regelungen, des Ein- und Ausschlusses, der Wahrheitsansprüche, der Legitimität und Autorität ist: „Ich setze voraus“, so Foucault, „daß in jeder Gesellschaft die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird“ (OdDis: 7). Wissenschaft selbst ist demnach als *eine Praxis* zu verstehen, die Diskurse regelt und konstituiert und einen bestimmten ‚Objektbereich‘ festlegt. Darüber hinaus jedoch legt (nicht nur) der wissenschaftliche Diskurs ebenfalls den ‚Platz des idealen Subjektes‘ fest, welches die in der wissenschaftlichen Praxis verhandelten Objekte erkennen soll. Zweitens stellt Foucault und die sich auf ihn berufenen Forschungen heraus, dass sich die Existenz des Einzelnen nicht in dem politischen Verhältnis einer (staatlichen) Souveränität erschöpft, sondern politisch ist eben auch jene Selbstführung, die Art und Weise, wie sich Subjekte selbst regieren. Subjektivität ist dementsprechend in konkrete Macht-Wissensbeziehungen eingewoben und nicht ‚präexistent‘.¹² Diese notwendige Ergänzung der Analyse der Macht, weg von den Einschreibungsprozeduren von Disziplinierung und Normierung hin zu den Prozessen der Subjektivierungen,¹³ diagnostiziert Foucault bereits 1978: „Wir stehen, glaube ich, am Beginn einer großen Krise, in der das Problem der ‚Regierung‘ völlig neu bewertet wird“ (Foucault, zit. n. Schmid 2000: 69).

11 Vgl. Lichtheim 1972.

12 Vgl. Kocyba 2003: 73.

13 Entgegen traditioneller Auffassungen wie der Sozialisationstheorie oder der Entwicklungspsychologie, die eine zeitliche Begrenzung in der anthropologischen Entfaltung ausmachen, ist das Konzept der Subjektivität bei Michel Foucault unbegrenzt. Seiner Annahme zufolge haben Menschen nie aufgehört, „sich selbst zu konstruieren, das heißt ihre Subjektivität beständig zu verschieben, sich in einer unendlichen und vielfältigen Serie unterschiedlicher Subjektivitäten zu konstituieren“ (Foucault [281] 2005: 94).

Die vorliegende Arbeit will sich dieser Aufgabe einer Neubewertung des Politischen annehmen und stellt sich die Frage, inwieweit partizipative Verfahren Ausdruck eines veränderten Macht- und Herrschaftsgefüges sind. Konkret, ob die layenorientierten Diskussionen nicht eine gesellschaftliche Disziplinierung und Regulierung von biomedizinischem Wissen durch die politische Institutionalisierung von ‚Diskurs‘ und ‚Partizipation‘ darstellen.¹⁴ Zudem ist nach dem ‚produktiven‘ Gehalt solcher Verfahren zu fragen. In der Formierung partizipativer Verfahren spiegelt sich die historische Entwicklung der Forderung nach Teilhabe wieder und verspricht einen direkten emanzipatorischen Zugriff auf die Verhandlungsebene von Macht. Denn weitere gesellschaftliche Bereiche, die ehemals autoritären Strukturen unterworfen waren, werden zivilgesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und Selbstorganisationsmechanismen überlassen. Dazu gehört auch das Feld der Produktion wissenschaftlichen Wissens bzw. deren Transformation in anwendungsspezifische Optionen menschlichen Handelns. Die in diesem Bereich vonstatten gehenden Partizipationsbemühungen schließen an die Konzepte der „Zivilgesellschaft“ (Touraine 1999) oder des „Bürgerschaftlichen Engagements“ (Kistler et al. 1999) an. Geteilt werden nämlich die Infragestellung traditioneller autoritärer Relationen und die Stärkung individueller Handlungspotentiale. Programmatische Regierungserklärungen zum ‚aktivierenden und fördernden Staat‘ dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die moderne Staatlichkeit spezifischen Wandlungstendenzen unterliegt, die die staatlichen Interventionspotentiale zugunsten der Stärkung der individuellen Eigenverantwortung und Eigeninitiative verschieben und das Verhältnis von Staat und Individuum neu ausloten.

Einen anderen Zugang zur Erklärung der zunehmenden Ansprüche nach Partizipation, der nicht von vornherein bedingungsloser Affirmierung unterliegt, nimmt das Konzept der Gouvernementalität und deren Studien zur Genealogie des Regierens und zu den Formen moderner Regierungstechnologien. ‚Regieren‘ meint hier nicht nur institutionalisierte, politische Prozesse, sondern ist allgemeiner auf die Spielarten der Selbst- und Fremdführung bezogen. Diese Perspektive fragt nach den Strukturen, Funktionen und Transformationen politischer Führung und berührt dabei auch unser traditionelles Verständnis von Demokratie. Die derzeit lautstark abgegebenen Forderungen nach einem Mehr an Partizipation suggerieren eine Verschiebung von Machthierarchien zugunsten der Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung des Einzelnen. Jedoch korrespondieren anscheinend die geforderte Selbstbestimmung und Autonomie mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen, innerhalb derer die individu-

14 Vgl. Maasen 2002.

elle Freiheit gegen staatliche Interessen ausgespielt wird. Das Konzept der Gouvernementalität betont, dass die akzentuierten Fähigkeiten zur Selbstführung und Selbstregulierung der Subjekte die „Schlüsselressourcen der modernen Regierungsformen“ (Miller; Rose 1994: 55) darstellen. Regierung wird hierbei in Bezug auf Subjektivität nicht repressiv gedacht, sondern förderlich und konstituierend:

Sie (die Regierung, TJ) ist ein Ensemble von Handlungen in Hinsicht auf mögliche Handlungen; sie operiert auf dem Möglichkeitsfeld, in das sich das Verhalten der Subjekte eingeschrieben hat; sie stachelt an, gibt ein, lenkt ab, erleichtert oder erschwert, erweitert oder begrenzt, macht mehr oder weniger...; aber stets handelt es sich um eine Weise des Einwirkens auf ein oder mehrere handelnde Subjekte, und dies, sofern sie handeln oder zum Handeln fähig sind (DR: 255).

Ein wichtiger Aspekt der gegenwärtigen Regierungsformen ist die Möglichkeit, Handlungen zu forcieren, sprich Subjekte zum Handeln zu bewegen. Der Umbau des ‚aktiven‘ hin zum ‚aktivierenden‘ Staat zum Beispiel zeugt von einem transitiven Zusammenschluss einer politischen Programmatik mit der Konstitution neuer Selbsttechnologien in der individuellen Verinnerlichung und Übernahme ehemals staatlicher Aufgaben. Die Zunahme an politischer Partizipation ist unter dieser Perspektive das Besondere einer neoliberalen Gouvernementalität, die die Zunahme individueller Handlungsspielräume ermöglicht, jedoch nur unter bestimmten Bedingungen: „Man kann scheinbar über alles reden – allerdings unter der einschränkenden Voraussetzung, dass sich diese Mitspracherechte auf dem Boden eines übergreifenden Realitätsprinzips bewegen: der Ausrichtung der eigenen Existenz an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen“ (Lemke 2001).

Für die vorliegende Arbeit bilden sich aus dem eben Skizzierten zwei Fragestellungen. Einmal geht es um die Transformation der modernen Staatlichkeit in den Beschreibungsmodellen und -konzepten der Wissengesellschaft. Hier soll nach der spezifischen politischen Rationalität gefragt werden, die dieser gleichsam Gesellschaftsdiagnose wie -prognose inhärent sind. Zudem geht es um die Rekonstruktion eines gesellschaftlichen Diskurses, der anscheinend in seinen normativen Ansprüchen den (neo-)liberalen Forderungen nach dem Umbau des Staates nachkommt. Wie ist dieses Korrespondenzverhältnis zu erklären, bei dem die unterschiedlichsten Positionen an die individuelle Eigenverantwortung appellieren und den „Aufbau selbstregulatorischer Kapazitäten“ (Bröckling et al. 2000: Vorwort) fordern. Erweitert werden soll mit dieser Perspektive außerdem das Verständnis des Neoliberalismus, nicht als ausschließlich ökonomische oder wirtschaftspolitische Lehre, sondern vielmehr als eine ‚Kunst der Regierung‘, deren Prinzipien nicht nur die Steuerung des Mark-

tes betreffen, sondern auch die Regulation der sozialen Verhältnisse und die Steuerung des rationalen Verhaltens der Individuen.¹⁵ In diesem Sinne soll hier die Qualität der politischen Programmatik des Neoliberalismus erörtert werden, die angesichts einer diagnostizierten ‚Unregierbarkeit‘ der Wissensgesellschaft unter postmodernen Bedingungen, eine spezifische Neuformulierung des Politischen mit sich bringt. Denn das, was sowohl Wissensgesellschaft als auch die Wissenschaft auszeichnet, ist ebenfalls dem postmodernen Denken inhärent. Es ist der Verlust universeller, handlungsleitender Kategorien und Orientierungspunkte.

Damit ist gleichfalls die zweite Frage angesprochen: Für Foucault stehen die Individuen zeitlebens in einer Relation zu einer Führungsinstanz: Im Christentum ist es die paradigmatische Figur des Pastors, der die Aufgabe des Leitens und Lenkens innehat und mit dem Verweis auf das jenseitige Heil Orientierung gibt. Später übernehmen andere autoritäre Figuren und Institutionen die Rolle der Führenden, wie zum Beispiel die Pädagogik, die Medizin oder die Psychoanalyse. Doch wie ist heute diese ‚Pastoralmacht‘ konstituiert, die spezifische ‚unterworfene‘ Subjektformen innerhalb hierarchischer Verhältnisse produzierte? Welche Auswirkungen haben die Tendenzen der derzeitigen Dezentrierung des Staates auf die zu ‚regierenden‘ Individuen? Haben wir es tatsächlich bei der forcierten Einführung partizipativer Praktiken mit einem gesellschaftlichen Lösungsmodell zu tun, das ein säkulares Heilsversprechen in Form des Zugewinns an Autonomie und Emanzipation darstellt?

In dieser Arbeit ist die Auseinandersetzung mit dem Pro und Kontra des biomedizinischen Wissens, also der vermeintlichen Risiken und Potentiale nicht von Bedeutung, sondern ein Ausgangspunkt, von dem aus der strategische Einsatz partizipativer Verfahren mit biomedizinischem Schwerpunkt untersucht werden soll. In einer gubernementalistischen Perspektive wird der Fokus einerseits auf die Frage gerichtet, inwieweit die Diskursivierung von bioethischen Fragen durch die politische Institutionalisierung von Partizipation disziplinarische Effekte aufweist. Andererseits werde ich die produktiven Elemente partizipativer Verfahren herausarbeiten. Partizipation als ein produktives Vorgehen zu begreifen, heißt hier nicht zu untersuchen, ob und wie Partizipation einen Beitrag zur Entwicklung von Demokratie leistet. Ich gehe vielmehr davon aus, dass auch das Feld der Partizipation um biomedizinische Fragen ein Machtverhältnis darstellt, in dem die Teilnehmer durch die Konfrontation mit administrativen Ansprüchen, wissenschaftlichem Wissen und ethisch-moralischen Konzeptionen innerhalb eines Handlungsfeld konfrontiert werden. In diesem werden nicht nur spezielle Sinn- und Deutungshorizonte durch und in

15 Vgl. Barry et al. 1996: 11.

partizipativer Arbeit hervorgebracht, sondern die Laien konstituieren sich selbst als „ethische“ Subjekte, die sich ihrer Verantwortung bewusst werden und eine spezielle Rationalität gegenüber dem wissenschaftlichen Wissen und den divergierenden Ansprüchen ausbilden.

Es geht also um die Positionierung und Etablierung partizipativer Verfahren in einem politischen Diskurs, der unter dem Credo des Neoliberalismus, frei, autonom und selbstbestimmt zu handeln, steht. Welchen Stellenwert hat die gegenwärtig ausgesprochene Forderung nach Teilhabe, Eigeninitiative und selbstbestimmten Handeln in Bezug auf politische Partizipation? Hier ist die politische Programmatik angesprochen, die eine spezifische Vorstellung von Subjektivität formuliert und als ‚Anforderungsprofil‘ der Wissensgesellschaft artikuliert.

Davon nicht zu trennen ist die Ebene des ‚Innenlebens‘ des partizipativen Verfahrens: Hier geht es im Speziellen um die Vorstellung von Sozialität, sozialem Handeln und sozialer Verantwortung im partizipativen Prozess selbst. Anknüpfend an Theorien zur Konstituierung von Subjektivität, untersuche ich anhand der Aushandlungsprozessen zwischen den teilnehmenden Laien und Experten, auf welche Art und Weise spezifische Subjektvorstellungen in Zusammenhang mit medizinischer Technik und kontroversem Wissen produziert werden. Hier stehen die ‚Technologien des Selbst‘ als konstituierende Praktiken im Mittelpunkt der Analyse, die in Bezug auf die politische Programmatik agieren.

Die Attraktivität des hier vorgelegten Ansatzes auf der Basis der Foucaultschen Überlegungen besteht in der ihm innewohnenden Leistungsfähigkeit, die gängige Aufspaltung von Mikro- und Makroanalysen des Gesellschaftlichen zu überwinden und mit dem Begriff der Regierung sowohl die politische Programmatik als auch die spezifischen Subjektivitäten analytisch zu verbinden. Diese Perspektive impliziert Fragen einerseits nach Subjektivierung als Prozess der Formung und Selbstformung und andererseits nach den Prozessen und Logiken von Macht- und Herrschaftstechniken, wie sie durch Gesetze, administrative Regelungen, durch wissenschaftliche Aussagen etc. konstituiert werden. Dabei entfaltet sich das gesellschaftsanalytische Potential, mit dem es gelingt, das Wechselspiel zwischen dem ‚Sozialen‘ und dem ‚Individuellen‘ und nicht zuletzt auch innerpsychisch angenommene Sachverhalte als Momente zu begreifen, die auf der Verknüpfung von Wissensformen mit Machtdispositiven beruhen und die Ergebnis einer Verschränkung von Herrschaftstechniken mit den ‚Technologien des Selbst‘ sind.

Das folgende zweite Kapitel stellt einen ersten Aufriss zum Problem der Transformation des Verhältnisses von Staat und Individuum dar. Es demonstriert in diesem Sinne kein analytisches Herangehen, sondern stellt die Bandbreite der monumentalen Frage der politischen Philosophie nach dem Zusammenleben der Menschen vor. Dabei werden Fragmente des die

gesellschaftlichen Teilbereiche übergreifenden Zivilgesellschaftsdiskurses herangezogen. Dabei geht es um die Herausstellung der Vielfältigkeit von Machtverhältnissen, die sich nicht allein als repressiv begreifen lassen, sondern das politische Handeln als eine Verteilung und Überlagerung begreifen, das die ehemalige Trennung von privat und politisch aufhebt und eine Regierungstechnik zum Vorschein treten lässt, die lauter kleine Leviathane produziert. Der hier eröffnete Bogen zieht sich von dem Modell des Hobbeschen Kriegs als gesellschaftsstrukturierendes Prinzip mit dem auf Kontrolle und Disziplin setzenden Souverän bis hin zur verinnerlichten Disziplinierung der Deleuzeschen Kontrollgesellschaft. Die dabei frei gewordene Stelle des Souveräns wird durch ein Subjekt eingenommen, das mittels spezifischer Techniken der Selbstführung sich als „Souverän seiner selbst“ (Ulrich Bröckling) einsetzt.

Das dritte Kapitel bereitet mit der Darstellung der komplexen politischen Theorie Michel Foucaults den Boden für die Analyse von Diskursen der Fremdführung, also einer expliziten politischen Programmatik und den Weisen der Selbstregierung. Hier geht es um die theoretische Eruierung, wie staatliches Handeln ohne Staat gedacht werden kann. Foucaults Schaffen eröffnet eine reformulierte Position der Kritik, die er in der Tradition der Aufklärung verortet und die gleichzeitig die Versprechungen der Aufklärung nach Freiheit in Frage stellt. Zugleich stellt er eine Reihe von Instrumenten bereit, die nicht dem monolithischen Zwang einer kompletten, geschlossenen Theoriekonzeption unterliegen. Foucaults Denken eröffnet eine dezidiert transdisziplinäre Sicht auf das menschliche Denken und Handeln, die Fragen nach dem komplexen Zusammenspiel von Wissensformationen, Machtverhältnissen und Weisen der Subjektkonstituierung vereint. Damit soll eine Perspektive auf den Begriff des Politischen eröffnet werden, die sich von derjenigen Bestimmung des Politischen unterscheidet, die einzig die Institutionen politischer Herrschaft, beispielsweise der Parteienpolitik, akzentuiert. Das hier vorgestellte Theoriekonzept mündet in der Hervorhebung der Regierungspraxen, die sich in dem herkömmlichen politischen Denken nicht verorten lassen, denn nicht die administrative Verordnung von „oben nach unten“ ist hier von Belang, sondern diejenigen Praktiken, die sich nicht innerhalb der politischen Institutionenlehre verorten lassen. Die Techniken der Regierung, also die Anwendung spezifischer Verfahren, um Handlungen zu erzeugen bzw., um Individuen zu einer bestimmten Gestaltung und Führung ihres Lebens zu bewegen, haben eine spezifische Geschichte und modifizieren sich im Laufe der historischen Entwicklung. So ist das heutige Ziel der gouvernementalen Praxis nicht die strenge hierarchische Positionierung der Menschen und die beständige, äußere Disziplinierung, sondern die Beförderung von Subjektivierungspraktiken, innerhalb derer sich Individuen als selbstständig handelnde und denkende entwerfen können. Dabei soll mit einem Blick auf

die Geschichte der Gouvernementalität gezeigt werden, dass jegliche Transformation des Regierungskonzepts mit gesellschaftlichen Entwicklungen korrespondiert, die die Effektivität der jeweils tradierten Regulaturen als überholt auszeichnen. Letztlich werden in diesem theoretischen Aufriss die differenten Subjektvorstellungen nachgezeichnet, die eine jeweils historisch verschiedene Regierungsprogrammatik bestimmt. Zu fragen ist hierbei, inwiefern unsere heutigen normativen Vorstellungen von Freiheit und (staatlicher) Sicherheit, in den jeweiligen Programmatiken als konstitutive Bestandteile angelegt sind. Denn innerhalb dieser formieren sich in der Gegenwart Ansprüche, die auf ein Defizit der staatlichen Steuerung in global verfassten Gesellschaften verweisen, ob in Form einer Kritik von zuviel staatlicher Intervention oder in der Kritik des zunehmenden Rückbaus der staatlichen Sicherung. Mit Foucault lassen sich diese gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen als Ausdruck der Umsetzung einer neoliberalen Gouvernementalität fassen, die als politische Rationalität die Stärkung selbstregulatorischer Kompetenzen akzentuiert und gleichzeitig den Abbau sozialer Sicherungssysteme einfordert.

Die damit aufgeworfenen Problemstellungen und die Frage, wie der Zusammenhalt der Gesellschaft unter der Ägide von zunehmender Individualisierung und Ausdifferenzierung gewährleistet wird, bilden die Aspekte des vierten Kapitels, in dem explizit die neoliberalen Gouvernementalität im Zentrum steht. Das Verhältnis von Freiheit und Solidarität, das auf den ersten Blick ein konträres zu sein scheint, wird innerhalb der politischen Rationalität des Neoliberalismus zu einer sich gegenseitig bedingenden Beziehung. Denn nur derjenige, der zum freiheitlichen und eben auch eigenverantwortlichen Handeln fähig ist, kann seiner Verantwortung gegenüber anderen gerecht werden und dementsprechend als ‚guter‘ Bürger gelten. Bislang wurde dieses Leitbild der neoliberalen Gouvernementalität nur aus theoretischen Überlegungen her generiert, bei denen der Schwerpunkt in der Analyse der Foucaultschen Arbeiten liegt. Bevor danach gefragt wird, ob sich diese Idealvorstellung auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen wiederfinden lässt, die nicht einer ökonomischen Akzentuierung folgen, wird im fünften Kapitel das methodische Instrumentarium erläutert. Im Mittelpunkt steht dabei die Dispositivanalyse, das als ein „heterogenes Ensemble“ (Foucault) ebenso wissenschaftliche Texte über die Wissensgesellschaft als auch die Aussagen von politischen Akteuren, behördliche Anweisungen und Verordnungen, juristische Schriftsätze und eben auch nichtsprachliche Entitäten, Handlungen und Architekturen als Objekte der Analyse zulässt. Dementsprechend werden in dieser Arbeit eine Vielzahl von Schriften, Texten, Aussagen oder Reden herangezogen, wobei die Auswahl eklettizistisch wirkt und nie vollständig ist. Doch dieser Eklektizismus hat Methode, denn dadurch wird die verengende Akteurszentriertheit in Bezug auf Machtverhältnisse vermieden. Vielmehr eröffnet

dieses diskursanalytische Herangehen als Teil der Dispositivanalyse einen Blick auf die wirklichkeitskonstituierenden diskursiven Praktiken, an denen sozialwissenschaftliche Theoriebildung ebenso Teil hat wie der Leitkommentar einer überregionalen Tageszeitung oder der Werbespot im Kino. Da in dieser Arbeit nach den Effekten einer spezifischen politischen Programmatik gefragt wird, muss die Dispositivanalyse die Effekte der Macht umfassen, in diesem Fall die Prozesse der Subjektkonstituierung, die mithilfe von Interviews nachvollzogen werden. Dabei handelt es sich auch um verschriftlichte Repräsentationen von nicht-diskursiven Praktiken, jedoch kann damit der Prozess der Vergegenständlichung von Handlungen in der Reflexion der Interviewten aufgezeigt werden.

Im Kapitel 6 steht die Wissensgesellschaft zur Disposition. Es geht dabei nicht um eine Begriffbestimmung, ob das Modell der Wissensgesellschaft eine angemessene Beschreibung des gegenwärtigen gesellschaftlichen Wandels darstellt. Der Begriff der Wissensgesellschaft soll vielmehr trotz seiner vielfältigen Verwendung als Diskurs herausgearbeitet werden, der ein spezifisches Wissen der Gegenwart akzentuiert, Strategien präsentiert und als wirklichkeitsbeschreibendes Modell eine ‚Ordnung des Sozialen‘ konstituiert. Dafür ist der Überblick über die Entstehungsgeschichte des Diskurses der Wissensgesellschaft notwendig, der international eingebettet wird. Außerdem geht es hier um die Untersuchung, ob die Beschreibungen der Politik der Wissensgesellschaft auf der institutionellen Steuerungsebene verbleiben und ob dadurch Machtverhältnisse, nämlich die impliziten Zumutungen an das Individuum, sich gemäß den Anforderungen der Wissensgesellschaft zu verhalten, ausgeblendet bleiben.

Im Diskurs um die Verfahren der Medizin, wie Stammzellforschung, Hirnforschung, Gentechnik etc. lassen sich die Ambivalenzen der Gegenwart ablesen, wie sie das postmoderne Denken konstatiert hat. Die Eindeutigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse steht zur Disposition, so dass Philosophen wie Richard Rorty schon von einer Parallelisierung von Wissenschaft und Religion sprechen, die beide einem autoritären Wahrheitsanspruch folgen und damit an den postmodernen Verhältnissen scheitern müssen.¹⁶ In diesem Kapitel wird auch dem Verhältnis von Wissenschaft und Postmoderne nachgegangen und gefragt, inwiefern der Wegbruch des Absolutheitsanspruchs wissenschaftlicher Erkenntnis in Zeiten der Kontingenz als ‚Problem‘ konzipiert wird, auf das es eine adäquate Lösung zu finden gilt.

Das Angebot an Lösungsstrategien, das auf diese Problematisierungen antwortet, wird im siebten Kapitel anhand der Bestrebungen aufgezeigt, politische Partizipation als Schlüsselement zur Aufhebung der Krisen-

16 Vgl. Rorty; Vattimo 2006.

tendenzen zu installieren. Dazu wird eine „Genealogie der Partizipation“ umrissen, die nach den Entstehungsmotiven partizipatorischen Denkens fragt. Denn Partizipation ist kein Selbstzweck, sondern der Diskurs um Teilhabe reagiert auf eine spezifische Krisensituation, auf das Moment der ‚Unregierbarkeit‘ der Wissensgesellschaft. Zudem produziert Partizipation gleichzeitig Ein- und Ausschlüsse in der Bereitstellung von Handlungsoptionen, die aber, einer speziellen Auswahl unterliegen. Vorgestellt werden im selben Kapitel die Bürgerkonferenzen zu biomedizinischen Themen und deren organisatorische Rahmenbedingungen, die in den vergangenen Jahren in Deutschland stattgefunden haben.

Im achten Kapitel werden die Technologien der Selbstführungen theoretisch konzeptualisiert. Den Hintergrund bildet die These, dass die Problematisierung der Wissensgesellschaft als prominentes Konzept zur Charakterisierung moderner Gesellschaften nicht auf ein hierarchisches Machtverhältnis rekuriert, sondern dem Einsatz von Praktiken der Selbstführung folgt. Damit verbunden ist das Problem der Bindungskraft der postmodernen Wissensgesellschaft als normatives und identitätskonstituierendes Konzept. Entsprechend werden in diesem Abschnitt die Konzeption einer postmodernen Subjektivität und die Unterschiede zu den klassischen Subjektheorien vorgestellt und diskutiert. Hierbei geht es nicht um die Frage, wie Autonomie möglich ist, sondern um die Relationen des Subjekts zu anderen. Denn auch diese Beziehungen unterliegen Wandlungsprozessen, in denen sich die Position *des Anderen* als identitätsversprechende Instanz verschiebt. Hier wird der Komplex untersucht, ob der radikale Selbstbezug als Programm einer individuellen Lebenskunst tatsächlich die erwünschte Emanzipation bringt oder inwiefern hier eine Strategie neoliberalen Regierens durchschlägt, die über die Produktion von ‚subjektiver Freiheit‘ regiert?

Anschließend sollen im Kapitel 9 anhand von Interviews, die mit Beteiligten von Bürgerkonferenzen geführt wurden, die Konstituierungsprozesse exemplarisch nachvollzogen werden, innerhalb derer sich die Individuen in der Auseinandersetzung mit den wertdissenten Fragestellungen der Biomedizin in einem konsensorientierten, moderierten Setting als partizipierende Subjekte entwerfen. Hier stellt sich die Frage nach der individuellen Reflexion der eigene Position: begreifen sich die Bürger als autonom handelnd oder nur als Statisten in einer ‚Demokratie-Show‘?

Den Abschluss bildet die Kopplung der Analysen zum Diskurs der Wissensgesellschaft und den konkreten Subjektivierungspraktiken: ein zusammenfassendes Resümee, das die Transformation des Politischen unter dem Gesichtspunkt neoliberaler Führungstechniken darlegt.

